

POLITiS-Veranstaltungsreihe Nachhaltigkeit in Südtirol? Welche Wirtschafts- und Finanzpolitik für mehr Nachhaltigkeit in Südtirol?

Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit

1. Kurz zur Geschichte um Nachhaltigkeit in der Welt

Der **Club of Rome** hat anfangs der **70iger Jahre** des **zwanzigsten Jahrhunderts** erstmals mit dem Bericht “die Grenzen des Wachstums” auf die Notwendigkeit einer deutlichen Veränderung in der globalen Wirtschaftsentwicklung der Welt hingewiesen. Im Jahr 1987 wurde von der **Weltkommission für Umwelt und Entwicklung** der **Vereinten Nationen (UNO)** der Bericht “**Unsere gemeinsame Zukunft**” (**Brundlandt Bericht**) über die immer weiter auseinander klaffende Armut- und Wohlstandsschere veröffentlicht.

Im Jahr 1992 hat die **erste Weltumweltkonferenz der Vereinten Nationen (UNO) in Rio de Janeiro** stattgefunden, in der erstmals der heute nicht mehr wegzudenkende Begriff der “**Nachhaltigkeit**” weltweit geprägt wurde. Dieser Begriff kommt aus der Forstwissenschaft, und er bedeutet, dass zur positiven Fortentwicklung eines Waldes und seines natürlichen Kreislaufes nur soviel Holz geschlägert werden darf, wie Holz nachwachsen kann. Um damit nicht die wichtigen, bestehenden Naturkreisläufe zu unterbrechen. Zudem wurden für eine zukunftsfähigere Weltentwicklung damals in Brasilien neben den global nötigen Veränderungen des Wirtschaftens zum Klimaschutz und zum Naturerhalt auch die “lokalen Agenda 21 Prozesse” angedacht und vorgeschlagen. Diese sind die Erarbeitung von Vorschlägen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung mit allen AkteurInnen der Zivilgesellschaft in den Territorien nach dem Motto “**lokal handeln und global denken**”. Dies auch als eine nötige Gegensteuerung in der heutigen Zeit der vieles nach unten nivellierenden wirtschaftlichen Globalisierung, mit der oft sowohl soziale, menschenrechtliche, ökologische aber auch wirtschaftliche Verschlechterungen für eine immer größere Zahl von Menschen in der Welt verbunden sind (siehe dazu auch die geheimen Verhandlungen zwischen den USA und der EU um ein neoliberalistisches Freihandels- und Investitionsabkommen, **Transatlantic Trade and Investment Partnership (T.T.I.P.)** genannt).

Zur sozialen Nachhaltigkeit, als wichtiger Teil einer gerechten Gemeinwesenverwaltung, gehört auch das Instrument der primären staatlichen, aber auch ergänzenden lokalen Steuerpolitik.¹

Der in Italien seit Krisenbeginn im Herbst 2008 stark eingebrochene interne Konsum bedarf einer merklichen Steuersenkung auf niedrige bis mittlere Arbeits- und Renteneinkommen zur Kaufkraftstärkung (die seit Mai 2014 eingeführten 80 €uro pro Monat für abhängig Beschäftigte bis zu 24.000 €uro steuerbarem Jahreseinkommen sind ein erster, aber nicht ausreichender Schritt in die richtige Richtung). Auch dies wurde von der Gewerkschaftsbewegung Italiens, aber auch Südtirols seit langem eingefordert. Zudem sollte auch eine stärkere Besteuerung der in den letzten Jahr-zehnten mit den weltweiten Liberalisierungen übermächtig gewordenen spekulativen Finanzwirtschaft umgesetzt werden.

Ebenso bedürfte es eines kohärenteren Kampfes gegen Steuer- und Beitragshinterziehung (Schätzwert derzeit für Italien ca. 180 Milliarden Euro pro Jahr). Mit der Umsetzung der beiden letztgenannten Vorschläge könnte diese steuerliche Entlastung problemlos und ohne negative Auswirkungen auf den Staathaushalt umgesetzt werden.

Die politischen Verwaltungen auf allen Ebenen sollten auch zur Förderung von Nachhaltigkeit eine **ökologische Steuerreform** umsetzen. Diese soll sehr energiefressende und –intensive Betriebe und

¹ Vgl. Kapitel Nachhaltigkeit: Ein Thema auch für Gewerkschaften und Sozialverbände? In: AFI-IPL, Dimension Arbeit – Dimensione Lavoro, Nr. 2/2006

Tätigkeiten deutlich höher besteuern, als jene immer noch minderheitliche, ressourcensparende und klimaschützende Wirtschaft.

Zudem bedarf es auch einer nachhaltigen, nicht mehr ausschließlich merkantilistischen Neudefinition des Kyoto-Protokolles der Vereinten Nationen zum Thema CO2 Handel in der Welt.

Dazu sollte auch, nach dieser von den USA im Herbst 2008 ausgegangenen Weltwirtschafts- und Finanzkrise eine weltweite Quellenbesteuerung von Finanztransaktionen (die sogenannte Tobin Tax) umgesetzt werden, mit welcher die in allen öffentlichen Haushalten immer knapper werdenden Mittel zur Verbesserung der Gemeinwesenverwaltung kompensiert, und das Primat der Politik gefestigt, bzw. wiedererlangt werden könnten.

Zudem sollte, auch im gesamteuropäischen Kontext (EU) eine dringend nötige Harmonisierung der Steuersätze in der Europäischen Union verwirklicht werden, welche man im Prozess der erfolgten EU-Osterweiterung leider unterlassen hatte (war ein großer Fehler!).

Ein weiterer Ausbau der kollektiven, nachhaltigen Mobilität, vor allem auf der Schiene in Südtirol, sollte auch mittels einer Elektrifizierung der so gut angenommenen, im Jahr 2005 wieder eröffneten Vinschger Bahnlinie erfolgen. Die Schaffung der Eisenbahn-Riggertalschleife unterhalb von Franzensfeste könnte ebenso eine bessere Zug-Anbindung des Pustertales mit Brixen und Bozen ermöglichen, und dann auch die häufigen Probleme des mangelnden Anschlusses beim Umsteigen von der Brenner-Bahnlinie auf die Pustertalbahn und umgekehrt in Franzensfeste überwinden helfen.

Schaffung neuer, guter Arbeitsplätze durch allgemeine und energetische Sanierungen von Wohngebäuden aus dem Altbaubestand (ca. 150.000 allein in Südtirol, ca. 2.500.000 in Italien) im Baugewerbe und seinen breiten Zulieferbereichen. Dort hat es allein in Südtirol seit Ausbruch der internationalen Krise einen Abbau von über 3.000 Arbeitsplätzen gegeben. Dafür sollten jedoch die **staatlichen bedeutenden steuerlichen Abschreibungen** laut **Prodi-Gesetz** endlich **strukturell** und **fix gesetzlich** festgeschrieben werden, um eine viel vernünftigeren und planbareren Umsetzung dieser auch für den Klimaschutz sehr bedeutenden Maßnahmen zu verwirklichen.

Ebenso sollten die Landesmittel (2014: **12 Millionen Euro**) zum zinslosen Darlehens-Vorschuss der gesetzlichen steuerlichen Abschreibungen zur Ankurbelung von Sanierungen alter Gebäude in Zukunft erhöht werden, um so auch den Familien und Menschen mit nur niedrigem Einkommen solche teils vorfinanzierte Sanierungen zu ermöglichen.

Dies ist eine der sozialpartnerschaftlich mit der Landesverwaltung im Herbst 2013 beschlossenen 44 Anti-Krisen-Maßnahmen aus dem Landesarbeitspakt, welche ab 1. Juli 2014 in Kraft getreten ist und die gleich zu Beginn auf großes Nachfrageinteresse gestoßen ist. Denn allein in den ersten fast fünf Monaten (Juli- 22. November 2014) nach Inkrafttreten dieser neuen öffentlichen Unterstützung des Landes Südtirol wurden fast 300 Gesuche mit einem Darlehensvolumen von **fast 8,7 Millionen Euro** und Gesamtinvestitionen von **fast 17,4 Millionen Euro** (durchschnittlich 58.000 Euro pro Gesuch an Investitionsvolumen) eingereicht.

Dies ist ein bedeutender Schritt sowohl zu einer Ankurbelung von **guter Beschäftigung** im **Bausektor** und seinen breit gestreuten Zulieferbetrieben, ein **Abbau** von **verbreiteter Arbeitslosigkeit in diesem Sektor**, aber auch ein Teil an Umsetzung von **Klimaschutz im Sinne von Nachhaltigkeit**, so wie er auch der **Klimalandsstrategie Südtirol 2050** entspricht.

Christian Troger

Gewerkschafter, Friedensaktivist und Globalisierungskritiker

Algund-Bozen, November 2014